

Protokoll:

Rm Diehl (CDU) verweist auf die schriftliche Begründung des Antrages und fügt hinzu, die CDU-Fraktion wolle mit dem Beschluss und dessen Folge als Stadtrat stärker solche wichtigen Stadtentwicklungspunkte begleiten und lenken mit dem Ziel, z.B. ein hochwertiges Hotel in Koblenz an der Rheinfront anzusiedeln. Man wolle dem Stadtrat frühzeitig, strukturiert an der Ansiedlung von Firmen die Hand reichen. Der Koblenzer Hof sei das größte repräsentative Gebäude an der Rheinfront, eine 1a Adresse und damit große Chance der Stadtentwicklung. Die CDU-Fraktion bitte die übrigen Fraktionen zuzustimmen und das Signal der frühzeitigen Lenkung mit zu gestalten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, den meisten sei bewusst, das es unmittelbar nach Feststellung der maroden Substanz der nach vorne gerichteten tragenden Säulen des in Rede stehenden Gebäudes eine öffentliche Debatte gegeben habe, die temporäre Nichtnutzung des fraglichen Gebäudes durch das BWB mit der Chance zu verbinden, zu einer Umnutzung zu kommen im Sinne der Reaktivierung der historischen Nutzung durch ein Hotel.

Dazu habe es öffentliche Berichterstattungen gegeben u.a. ein Bericht in TV Mittelrhein, in dem sich nahezu alle Fraktionen geäußert hätten und dieses Ansinnen unterstützen wollen. Auch der Oberbürgermeister habe sich dann an dieser Debatte der Weise beteiligt, dass er erklärt habe, dass die Frage entscheidend sei, ob die Bundeswehr als Inhaber der Liegenschaft überhaupt veräußerungsbreit sei.

Der Bundestagsabgeordnete, der Koblenz in Berlin vertrete, Herr Dr. Fuchs, habe in dieser Frage mit ihm sehr engen Kontakt gehabt, gesucht und gefunden. Dieser habe mitgeteilt, dass sein Gespräch mit dem Bundesverteidigungsminister zumindest zu der Bereitschaft geführt habe, sich dieser Frage ohne Vorurteil zu nähern. Ferner habe er mit ihm vereinbart, zwei Gespräche herbeiführen zu wollen: mit dem neuen Chef der BIMA, die seit dem 01.01.2012 auch für die Liegenschaften der Bundeswehr verantwortlich sei, mit Sitz in Bonn und einem anschließenden Gespräch mit dem Bundesverteidigungsminister, der seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht habe, zu diesem Zwecke noch im ersten Quartal oder zu Beginn des zweiten Quartals diesen Jahres nach Koblenz zu kommen.

Man erhoffe sich von diesen beiden Gesprächen Aufschluss über die Grundsatzfrage, ob der Bund überhaupt zu einer Umwandlung der gegenwärtigen Nutzung der Liegenschaft bereit sei. Dabei sei natürlich eine bautechnische Untersuchung der gegenwärtig ziemlich maroden Grundstruktur des Gebäudes maßgeblich. Man wisse zwar einiges darüber, aber nicht viel. Es sei durchaus denkbar, dass die weiteren bautechnischen Untersuchungen zu dem Ergebnis kämen, das nicht nur der Teil schadhaft sei, von dem man heute wisse, sondern sehr viel mehr mit der Folge, dass Möglicherweise das Gebäude nur bei einer vollständigen Entkernung überhaupt weiterhin genutzt werden könne. Welche Schlussfolgerungen daraus die Bundeswehr ziehe, müsse man sehen. Es sei denkbar, dass sie die Schlussfolgerung ziehe, dass es für sie wirtschaftlich völlig verfehlt wäre, dieses weiterhin für Büro Zwecke zu nutzen. Unter diesen Umständen, und nur unter diesen Umständen, sei die Stadt Koblenz gefordert. Für diesen Fall betrachte er es als hilfreich und gut, wenn dieser Stadtrat, gestützt auf eine entsprechende Einschätzung des Stadtvorstandes, bekräftige, dass die Stadt Koblenz ein Interesse daran habe, eine Umnutzung in Form einer Hotelnutzung zu verfolgen. Man hätte die Möglichkeit, dieses nicht nur deklaratorisch, z.B. durch die Zustimmung zu dem heutigen Antrag zum Ausdruck zu bringen sondern auch durch einen entsprechenden städtebaulichen Vertrag oder einen entsprechend Bebauungsplan. Entsprechende Arbeiten daran erschienen dann zielführend, wenn es vom Bund ein diesbezügliches Signal gebe, dass das Ganze Sinn mache.

Aber seines Erachtens bestehe weitestgehend ein Konsens dahingehend, wenn diese historisch, zentrale wichtige Immobilie für das Koblenzer Stadtbild zu einer Umnutzung käme, man großen Wert darauf lege, dass diese Umnutzung in Form einer guten Hotelnutzung erfolgen würde. Dies sei auch Gegenstand der Beratung im Werkausschuss Koblenz-Touristik gewesen. Die SPD-Fraktion habe damals nach der fachlichen Einschätzung der Koblenz-Touristik gefragt, die auch in diesem Sinne so bestätigt worden sei, dass man sagen könne, das, wenn man vom Bund Signale entnehmen könne, die Stadt in diese Richtung gehe, um das Nötige auf den Weg bringen für eine solche Städtebauliche Entwicklung.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bekräftigt zur Deutlichkeit, es gebe hier völligen Konsens, als Stadt Koblenz nichts zu kaufen. Man investiere auch nichts, sondern die Stadt stelle lediglich sicher, dass dieses am Ende tatsächlich privatrechtlich möglich sei.

Aus der Debatte heraus wolle er auch, um Missverständnisse zu vermeiden, den Punkt aufgreifen, dass es gelingen könne, im Laufe des Jahres die Grundsatzentscheidung indem beschriebenen Sinne herbeizuführen. Bis zur Realisierung sei es ein weiter Weg, denn entsprechende Investoren von Hotels dieser Größenordnung, ob vier Sterne Superior oder fünf Sterne, habe er in seiner beruflichen Laufbahn reichlich kennen gelernt. Es seien sehr kühl rechnende Menschen, die sehr genau sehen wollten, ob sich die erhoffte Rendite am Ende dort auch realisieren lasse. Man dürfe daher in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck aufkommen lassen, als handle es sich um etwas, das in den nächsten Monaten zur Realisierung anstehe, sondern es stehe eine Grundsatzentscheidung des Rates an, ob er die notwendigen Vorbereitungen treffe, um die Chance für ein solches Projekt in der Zukunft zu gewährleisten.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob eine Abstimmung zum Antrag seitens des Rates gewünscht werde, erklärt Bezug nehmend auf seine einführenden Ausführungen Rm Diehl (CDU), dass es zu seinem Selbstverständnis gehöre, als Stadtrat diese Dinge viel stärker zu begleiten und gerade die öffentliche Stadtratssitzung diene doch dazu, auch dieses Votum zu geben. Es müsse nicht immer so sein, das man sich von einem Bundestagsabgeordneten, vom Oberbürgermeister oder wem auch immer zitieren bzw. vorantreiben lasse. Ihm ginge es darum, das der Rat große Projekte mit begleiten, lenken und helfen sollte.

Insofern gehe es weiter, als nur zu sagen, der Rat habe heute eine Information bekommen und jetzt sei alles erledigt. Ihm gehe es darum, dass der Rat viel stärker bei solch großen und so repräsentativen Sachen mit einbezogen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den Antrag zur Abstimmung.